

# Aus dem Grazer Gemeinderat

Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Die Grazer Gemeinderatssitzung vom 19. September 2019 zum Nachlesen.



## Maklerprovision für Mieter endlich abschaffen!

**D**ie Ungerechtigkeit bei der Maklerprovision trifft viele Wohnungssuchende, die oft tief in die Tasche greifen müssen. Es sollte selbstverständlich sein, dass derjenige zahlt, der eine Leistung in Auftrag gibt, und das ist meistens der Vermieter. Seit Jahren weist die KPÖ gemeinsam mit der AK und dem Mieterschutzverband auf diesen Missstand hin.

In anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, Holland, Belgien, Norwegen, Irland, Deutschland oder der Schweiz müssen die Mieterinnen und Mieter keine Provision zahlen.

Im heurigen Sommer hat sogar Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz angekündigt, dass er diese ungerechte österreichische Regelung



Knapp 8.000 Unterschriften übergaben Elke Kahr und Klubobmann Manfred Eber Nationalratspräsidentin Doris Bures im Parlament.

abschaffen will. Die Bundes-ÖVP könnte eine solche Gesetzesänderung bereits nächste Woche im Parlament mitbeschließen. Deshalb hat Manfred Eber im Gemeinderat den Antrag gestellt, dass die Stadt Graz einen Antrag

an den Bund schicken soll, um dem Anliegen Nachdruck zu verleihen. ÖVP und FPÖ lehnten dies ab. **Die KPÖ wird sich weiterhin für die Abschaffung der Maklerprovision für Mieter einsetzen.**

## KPÖ für niederschwellige Hilfsangebote am Hauptbahnhof

**D**ie Schließung der Bahnhofsmision am Hauptbahnhof in den 90er Jahren war keine gute Entscheidung“, erinnert sich Stadträtin **Elke Kahr**. Nach mehreren Initiativen der KPÖ schien die Wiedereröffnung der Bahnhofsmision vor drei Jahren schon einmal zum Greifen nahe. Zuletzt ist es aber wieder still geworden um diese Initiative. „Wenn

wir das Sicherheitsgefühl und die Atmosphäre am Bahnhof verbessern wollen, müssen wir soziale Verantwortung für die Menschen am Rande unserer Gesellschaft wahrnehmen“, betont die KPÖ-Stadträtin. „Obdachlosigkeit und Alkoholismus durch Verbote in die Unsichtbarkeit zu drängen, ist weder eine Lösung für die Gesellschaft noch ein fairer Umgang mit Menschen,

die viele Probleme haben.“ Übernachtungsmöglichkeiten für Wohnungslose, ein kostenloser Ruheraum, niederschwellige Beratungsangebote und Toiletten wären Teil des Angebots einer Bahnhofsmision, die z.B. in der Annenpassage untergebracht werden könnte.

Ein derartiges Angebot wäre im Sinne aller Beteiligten und würde einer Menschenrechtsstadt gut anstehen“, betont KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer**, die die Wiedereinrichtung der Bahnhofsmision im Gemeinderat beantragt hat. Die ÖVP/FPÖ-Koalition will davon aber nichts wissen und weiter auf Verbote setzen.

## Versprechen bei Maklerprovision



Unsere Petition „Weg mit der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter“ haben in kürzester Zeit allein in Graz 7.871 Personen unterschrieben. Seit wir sie 2016 an die zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures übergeben haben, ist aber nichts passiert.

Im August hat sogar Exkanzler Kurz von der ÖVP plötzlich angekündigt, dass er die ungerechte österreichische Regelung abschaffen will.

Wenn die Volkspartei dieses Anliegen ernst nimmt, könnte sie einen entsprechenden Antrag schon nächste Woche, also noch vor der Wahl, im Parlament mitbeschließen. Tut die ÖVP das nicht, muss man annehmen, dass Alt-Kanzler Kurz die WählerInnen lediglich hinter Licht führen will.

Dass die ÖVP-FPÖ-Rathauskoalition im Grazer Gemeinderat den von uns gestellten Antrag, eine entsprechende Petition an den Bund zu schicken, abgelehnt hat, lässt befürchten, dass die dringend notwendige Verbesserung im Sinne der Mieterinnen und Mieter wieder einmal auf die lange Bank geschoben wird.

Wir werden auf jeden Fall dranbleiben, bis die verpflichtende Maklerprovision für MieterInnen fällt.

Ihre Stadträtin  
**Elke Kahr**

Rathaus, 2. Stk, Tür 236  
Tel.: 0316 / 872 20 60



# KPÖ IM GRAZER GEMEINDERAT

## KINDERKRIPPE: ZU WENIG PLÄTZE

Nur für rund 30 % aller Kleinkinder in Graz steht ein Kinderkrippenplatz zur Verfügung. Der Bedarf ist allerdings viel höher. Von jenen Eltern, die ihr Kind bereits im März in einer Kinderkrippe angemeldet haben, hat zuletzt nur ein Drittel gleich eine fixe Zusage für einen Krippenplatz im September bekommen. Fehlende Kinderbetreuungsplätze



stellen betroffene Familien vor große, oft sogar vor existentielle Probleme: Wie viele Kinder im letzten Moment doch noch einen Platz in einer Kinderkrippe bekommen haben, ist nicht bekannt. Deshalb hat Gemeinderat **Kurt Luttenberger** detaillierte Zahlen eingefordert, um zu erfahren, wie viele Kinderkrippenplätze in Graz konkret fehlen.

## TOP-TICKET FÜR ALLE

Das Top-Ticket, das bisher nur für StudentInnen verfügbar ist, sollte auf alle SteirerInnen ausgeweitet werden. Gemeinderat **Christian Sikora** hat im Gemeinderat den Antrag gestellt, dass die Stadt Graz mit diesem Anliegen aktiv an



das Land Steiermark herantreten soll. „Der öffentliche Verkehr spielt eine wichtige Rolle beim Umwelt- und Klimaschutz. Alle Öffis in der Steiermark um 300 € im Jahr nutzen zu können, wäre ein attraktiver Anreiz umzusteigen“, sagt Sikora.

## BÄUME AM MURUFER

Nachdem für Murkraftwerk und ZSK bereits 16.000 Uferäume gefällt wurden, sind weitere Bäume bedroht. Der höhere Wasserspiegel reicht bis zur Hauptbrücke. Zahlreiche Uferbäume stehen nun im Wasser. „Mit Ausnahme der Weiden, hält das kein Baum längere Zeit aus. Diese Bäume werden sterben“, so Gemeinderätin



**Christine Braunersreuther.** Sie fragte Bürgermeister Nagl als Verantwortlichen für Grünraum, wie die Pläne für die Kompensation dieses Schadens aussehen. Der Bürgermeister sagte zu, künftig bei allen Straßenbauten die Pflanzung von Bäumen mit zu berücksichtigen. Die KPÖ wird das weiter kritisch prüfen.

## HÜRDEN BEI WEIHNACHTSBEIHILFE

Weil die Weihnachtsbeihilfe von Sozial-Card-BezieherInnen jetzt online beantragt werden muss, haben 30 % der berechtigten Haushalte im Vorjahr keine Beihilfe bezogen. Bis 2017 wurde die Weihnachtsbeihilfe der Stadt Graz automatisch auf das Konto der bezugsberechtigten Haushal-



te überwiesen. Mit dem Geld, das die Stadt für das neue Sodexo-Gutscheinsystem ausgegeben hat, hätte man weitere 742 sozial schwache Haushalte unterstützen können.“ zieht **Elke Heinrichs** Resümee. Sie forderte eine Rückkehr zum alten, unbürokratischen System. Das haben ÖVP und FPÖ aber abgelehnt

## ERFOLG: PLABUTSCH-GONDEL VORERST AUF EIS!

Anfang September hat Bürgermeister Nagl den vorübergehenden Stopp seines Prestige-Projektes Plabutsch-Gondel verkündet und erklärt, stattdessen einen 30 Millionen Euro-Fonds einzurichten, der dem Klimaschutz dienen soll. „Dank des Einsatzes vieler GrazerInnen und der KPÖ ist es hier endlich zu einem Umdenken gekommen“, freut sich Gemeinderat **Manfred Eber** über die

sen Erfolg. Ganz vom Tisch ist das Projekt damit aber noch nicht. Bürgermeister Nagl will die Seilbahn in zwei bis drei Jahren trotzdem bauen. Die KPÖ hat zwar einen sofortigen **Planungsstopp** gefordert. Trotzdem sollen laut Bürgermeister Nagl die Planungen und Verfahren weitergehen. „Wir wollen wissen, wie viel Geld das kostet, wenn jetzt kein Planungsstopp erfolgt“, betont

daher KPÖ-Finanzsprecherin **Sahar Mohsenzada**. Sie hat daher eine entsprechende Initiative eingebracht.

### Volksbefragung

Heißt ein Aufschub des Plabutschgondel-Projektes, dass die GrazerInnen nicht mehr gefragt wird? Die für Anfang 2020 geplante Volksbefragung über die Gondel wurde ja abgesagt. Eber hakte daher in der Ge-

meinderatssitzung mit der Frage nach: „Im Falle eines Aufschubes, wann wird aus heutiger Sicht eine Volksbefragung zur Plabutsch-Gondel abgehalten werden?“

Auf einen genauen Termin wollte sich der ÖVP-Bürgermeister nicht festlegen. Seine Worte „Wenn das Projekt wieder vorne ist, soll es eine Volksbefragung geben.“

## Von 215 Euro kann niemand leben

Mit 215 Euro (!) im Monat Essen, Miete, Heizung und Strom zahlen. Wie soll das gehen? Genau vor diesem Problem stehen SteirerInnen, die eine Sperre vom AMS erhalten. In meiner Sprechstunde erlebe ich immer wieder, was für existenzbedrohende Auswirkungen das hat: Die Betroffenen verlieren für bis zu 8 Wochen das Arbeitslosengeld und haben nur mehr Anspruch auf ein Viertel



Ihr Stadtrat  
**Robert Krotzer**  
Rathaus, 2. Stk, Tür 231  
Tel.: 0316 / 872 20 70

der Mindestsicherung. Sie müssen also mit 215 Euro im Monat „auskommen“. Davon kann niemand leben – im Gegenteil: Es häufen sich Schulden und Probleme an, die auch einer positiven Arbeitssuche im Weg stehen.

Als KPÖ fordern wir: Die Wohnkosten müssen auch bei einer AMS-Sperre berücksichtigt werden. Denn niemandem ist geholfen, wenn Menschen ihre Wohnung verlieren!

## Weitere Initiativen der KPÖ im Gemeinderat

19. September 2019

### > Beratungstätigkeiten des Vereins Somm sichern

Uli Taberhofer

### > Begrünung von Wartehäuschen

Elke Heinrichs

### > Energiesparende Beleuchtung Nahverkehrs-drehscheibe

Christian Sikora

### > Flächen am Plabutsch zurücktauschen

Manfred Eber

### Alle Initiativen unter

[www.kpoe-graz.at/gemeinderat](http://www.kpoe-graz.at/gemeinderat)